



Dienst = Instruktion

der

Unterbeamten

des

Magistrats zu Chorn.



Jeder Unterbeamte muß die ihm ob-
liegenden Geschäfte mit Treue, Fleiß und Orde-

Magistrats-Verordnung

110

Magistrats-Verordnung

623400



D. 42/89

Magistrats-Verordnung

§ 1.
I. Allgemeine Bestimmungen.

Die Unterbeamten des Magistrats müssen einen ordentlichen Lebenswandel führen, sich nicht dem Trunke, Spiele, oder andern Leidenenschaften ergeben und sich vor Schulden bewahren.

§ 2.

Jeder Unterbeamte muß die ihm obliegenden Geschäfte mit Treue, Fleiß und Ord-

nung besorgen, und in allen dienstlichen An-
gelegenheiten Verschwiegenheit beobachten, so
weit solche der Dienst erheischt.

Seinen Vorgesetzten ist er Gehorsam
schuldig; gegen die übrigen Beamten des
Magistrats soll er Friedseligkeit und Dienst-
willigkeit an den Tag legen, und dem Publi-
kum gegenüber sich mit Ernst, jedoch beschei-
den und gelassen betragen.

§ 3.

Der Dienst der Unterbeamten ist nicht
an bestimmte Tageszeiten gebunden. Sie
tragen der Regel nach im Dienste die
Uniform.

§ 4.

Die einzelnen Geschäfte der Unterbeam-
ten, welche zum unmittelbaren Dienst beim
Magistrate bestellt worden, sind:

- a. Die Aufwartung und sonstige ge-
schäftliche Dienstleistung im Dienst-
lokal selbst,
- b. Die Botengeschäfte,
- c. Die Vollstreckung von Exekutionen,
- d. Der sonstige Wacht- und Hilfsdienst
laut besonderer Weisung.

Jeder Unterbeamte ist zu diesen Verrich-
tungen verpflichtet, sobald sie ihm übertragen
werden; außerdem hat es bei den besondern
Dienst-Instruktionen und Anweisungen, nach
Maßgabe des Dienstes, als namentlich für

die Polizei-Sergeanten

„ Chausseewärter

„ Unterförster u.

sein Bewenden.

III. Aufwartung.

§ 5.

Zu den Geschäften der Aufwartung im rathhäuslichen Dienste gehören:

- a. die Dienstleistungen für das Amtspersonal und in den Büreaux;
- b. die Besorgung des Dienstes bei den Sitzungen, die Herbeiholung von Akten und die Anweisung und Bedeutung derjenigen, welche sich zu irgend einem Zwecke melden;
- c. die Abholung eingegangener Schreiben, Akten und Sachen von der Post, die Verpackung, Siegelung und Abtragung von Akten oder sonstigen Gegenständen;

- d. die Eröffnung, Verschlüßung und Ueberwachung der Dienst- und sonstigen rathhäuslichen Lokale, so weit solches nicht den Rathhausknechten obliegt;
- e. alle sonstigen auf den amtlichen Verkehr sich beziehenden Geschäfte.

§ 6.

Zur Aufwartung müssen sich die Unterbeamten, welchen solche obliegt, Vor- und Nachmittags mit dem Beginn der Amtsstunden im Rathhause einfinden, und dürfen sich nicht vor Beendigung der sämtlichen Tagesgeschäfte, so weit sie nicht den Dienst außerhalb erfordern, entfernen.

§ 7.

Der im Vorlokale angebrachte Brief-

kasten muß täglich dreimal, zuletzt
 Schlusse der Amtsstunden geöffnet
 darin vorgefundenen Briefe müssen glei.
 Postfachen an den Dirigenten oder desse.
 Stellvertreter befördert werden.

III. Insinuationen.

§ 8.

Es giebt folgende Arten der Insinuation:

a. mündliche Bestellungen;

b. Vorlegung von Schriftstücken;
 förmliche Insinuation;

c. öffentliche Anschläge;

d. öffentliche Aushänge.

§ 9.

Bestellungen und Insinuationen am Orte
 sind schleunigst in der Regel binnen 24 Stun-

den, spätestens binnen 3 Tagen, auswärtige
 auf der ersten Reise des Beamten und späte-
 stens binnen 8 Tagen zu erledigen. Eilige
 Aufträge müssen sofort nach dem Empfange
 besorgt werden.

§ 10.

Insinuationen sind der Regel nach an
 den Werktagen, und nicht an Sonn- und
 Festtagen, und in allen Fällen nicht in zu
 früher oder zu später Tageszeit zu bewirken.

§ 11.

Wenn der Beamte Verfügungen oder
 andere Schriftstücke Jemanden zur Durch-
 lesung vorzulegen hat, so darf er dieselben
 nicht in dessen Händen belassen, sondern muß
 auf deren Rückgabe warten; der Empfänger
 ist verpflichtet, die Durchlesung

durch einen Vermerk mit seiner Namens-
unterschrift zu bescheinigen.

Kann der Empfänger nicht lesen oder
schreiben, so hat der Bote ihm die Verfügung
vorzulesen, und dies durch ein Handzeichen
desselben bescheinigen zu lassen, auch dessen
Richtigkeit selbst zu bescheinigen.

Verweigert der Empfänger die Einsicht
der Verfügung, so hat sich der Bote ohne
Weiteres zu entfernen, und davon Anzeige
zu machen.

§ 12.

Sonstige Insinuationen, worunter so-
wohl die Aushändigung von Verfügungen,
als die Vorzeigung von Currenden, zur
Wahrnehmung eines Termins zu verstehen,
sind in der Behausung derjenigen, an welche

sie gerichtet sind, und bei Handelsleuten in
ihren Läden und Schreibstuben auszuführen.

§ 13.

Die Insinuation muß an den auf dem
Schreiben genannten Adressaten erfolgen.

Wird der bezeichnete Empfänger nicht
persönlich angetroffen, so ist die Verfügung

a. einem seiner erwachsenen Ange-
hörigen,

b. in deren Ermangelung einem seiner
Dienstboten, oder dem Buchhalter
und Geschäftsführer, oder Ver-
walter und

c. in Ermangelung eines solchen dem
Hauswirth zu insinuiren.

Niemals darf die Zustellung an uner-
wachsene Kinder, bloße Miether oder an

Fremde geschehen. Personen, an welche statt des Empfängers insinuirt wird, sind zu bedenken, daß sie die Verfügung dem Adressaten ungesäumt zuzustellen haben.

§ 14.

Jeder Empfänger einer Verfügung muß, wenn ein besonderer Behändigungsschein zu derselben angefertigt worden ist, die erfolgte Behändigung auf demselben bescheinigen; kann er nicht schreiben, so muß er Handzeichen machen, deren Richtigkeit der Bote zu bescheinigen hat.

§ 15.

Verweigert der Empfänger die Bescheinigung, so muß der Bote darüber pflichtmäßige Anzeige machen.

§ 16.

Wird auch die Annahme verweigert, und

ist Niemand angetroffen, wo die Insinuation geschehen kann, so ist die Verfügung an die Stubenthür des Adressaten anzuhängen.

§ 17.

Aushänge oder Anschläge werden an der Amtsstelle und an den dazu bestimmten Orten angebracht.

Ist ein Termin bestimmt, so darf der Anschlag erst nach dem Termin abgenommen werden.

Soll der Anschlag eine bestimmte Zeit aushängen, so muß dies dergestalt geschehen, daß die Tage des Anheftens und Abnehmens nicht mitgerechnet werden.

IV. Executionen.

§ 18.

Hinichts der Art und Weise der Executions-Vollstreckung ist die Instruktion der

Königl. Regierung vom 12. Juni 1854 für die Exekutoren bei allen Geschäften im Wesentlichen maßgebend.

§ 19.

In wie fern bei Exekutionen für Polizeizwecke Ausnahmen stattfinden, wird in den betreffenden Verfügungen gesagt werden.

§ 20.

Das Controll- und Rechnungsbuch der mit Exekutionen beauftragten Beamten ist nach näherer Anweisung sorgfältig von denselben zu führen, dem mit der Revision desselben beauftragten Beamten wöchentlich an einem bestimmten Tage vorzulegen, und die Abrechnung auf Grund desselben vorzunehmen, auch solches in dem Buch zu vermerken.

§ 21.

Die Landreiter haben in dieses Controllbuch alle Aufträge nach den Nummern einzutragen, und deren Erledigung mit Angabe des Datums zu vermerken, auch wöchentlich dem Dirigenten einen schriftlichen Rapport über ihre Amtsthätigkeit abzustatten.

Thorn, den 1. Februar 1856.

Der Magistrat.



Biblioteka Główna UMK



300051321011

Die Königl. Preuss. Regierung zu Königsberg
 hat durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 1. Februar 1858
 befohlen, dass die in dem Verzeichnisse der
 Königl. Preuss. Bibliothek zu Königsberg
 befindlichen Bücher, welche in dem Verzeichnisse
 der Königl. Preuss. Bibliothek zu Königsberg
 als veräußert bezeichnet sind, durch die
 Königl. Preuss. Regierung zu Königsberg
 an die Königl. Preuss. Bibliothek zu Königsberg
 zurückzuführen sind.

Verzeichnis

Das Verzeichnis der Bücher, welche
 mit dem Verzeichnisse der Königl. Preuss.
 Bibliothek zu Königsberg übereinstimmen,
 nach näherer Anweisung sorgfältig von den
 selben zu führen, und die Verzeichnisse der
 selben dem Königl. Preuss. Bibliothek zu Königsberg
 einzureichen, und die Abrechnung auf
 Grund derselben vorzunehmen, auch
 solche in dem Verzeichnisse der
 Königl. Preuss. Bibliothek zu Königsberg
 als veräußert bezeichnet sind, durch die
 Königl. Preuss. Regierung zu Königsberg
 an die Königl. Preuss. Bibliothek zu Königsberg
 zurückzuführen sind.

Biblioteka
Główna
UMK Toruń

20

623400

Biblioteka Główna UMK



300051321011